

Angebot für

**LB 661 Verglasungsarbeiten**

## Besondere Vertragsbedingungen

Die §§ beziehen sich auf die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B)

### **1 Rahmenvertrag, Einzelaufträge (§ 1 Nr. 1)**

1.1 Der vorliegende Zeitvertrag ist ein Rahmenvertrag für die Zeit

vom 15.02.2026 bis 31.12.2029

1.2 Es besteht grundsätzlich keine Beschränkung in der Erteilung von Einzelaufträgen auf einzelne Dienststellen.

1.3 Keine Zuschläge für Kleinstaufträge

### **2 Rechnungen (§ 14)**

2.1 Alle Papierrechnungen sind dem Fachbereich, der den jeweiligen Leistungsabruf erteilt hat unter Angabe der verantwortlichen Sachbearbeitung des Fachbereichs zweifach einzureichen.

Die begründenden Rechnungsunterlagen (z.B. Arbeits- und Stundennachweise, Aufmaße, Revisionen, Handskizzen) als auch die gemäß ZTV 4.2 geforderten Einkaufsnachweise von Material mit einem Einkaufswert über 25,- € sind beizufügen.

2.2 Für Abrechnungen, die mit Hilfe der Handwerkerkopplung (HWK) erstellt werden, gelten die Regelungen des Benutzerhandbuches für HWK-Anwender.

2.3 Für Materialien, die nicht im StLB enthalten sind, werden die durch Rechnung nachgewiesenen Nettoeinkaufspreise unter Berücksichtigung sämtlicher gewährten Rabatte des Fachhandels zuzüglich des angebotenen Materialzuschlages vergütet (siehe auch 2.1).

Der angebotene Zuschlag beinhaltet auch den Aufwand zur Beschaffung des Materials.

2.4 Der Zuschlag für Leistungen nach Kategorie 1 wird auf die endgültig errechnete Nettosumme angesetzt, die sich aus den Erstmaßnahmen zur Herstellung der Verkehrssicherheit ergeben. Weitere Leistungen die zu einer Wiederherstellung des SOLL Zustands führen sind separat mit der verantwortlichen Sachbearbeitung des Auftraggebers abzustimmen und ohne weitere Zuschläge abzurechnen.

**3 - 9** -frei-

### **10 Weitere Besondere Vertragsbedingungen**

10.1 Bei der Ausführung der Einzelaufträge haben sich die Mitarbeiter des Auftragnehmers arbeitstäglich zum Beginn und zur Beendigung ihrer Arbeit bei der zuständigen Vertretung des Nutzers zu melden.

Die vorgenannten Vertreter des Nutzers halten den Namen des Auftragnehmers und die Namen der eingesetzten Handwerker mit Datum und Uhrzeit der Arbeitsaufnahme sowie deren Beendigung schriftlich fest.

Zur Überprüfung der Stundenlohnabrechnungen hat der Auftragnehmer die Funktion seiner Mitarbeiter (Monteur, Azubi etc.) zusätzlich mitzuteilen.

10.2 Stundenbelege sind arbeitstäglich, spätestens am Tage nach der Fertigstellung der Leistung einzureichen.

10.3 Schmutzzulagen werden nicht erstattet.

10.4 Zulage für Sonn-, Feiertags-, Nacht-, Mehrarbeit- und Erschwernis richten sich nach den tariflichen Regelungen.

10.5 Steuerabzug bei Bauleistungen

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, jede vom zuständigen Finanzamt vorgenommene Änderung in Bezug auf die vorgelegte Freistellungsbescheinigung (§ 48b EStG) dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

**Ende der weiteren besonderen Vertragsbedingungen**

## **Besondere Vertragsbedingungen zur Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen (BVB Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen)**

Der Auftragnehmer ist zur Einhaltung der Vorgaben des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen verpflichtet. Die weiteren Vertragsbedingungen bleiben hiervon unberührt. Hierzu vereinbaren die Parteien Folgendes:

### **1. Einhaltung von Mindestarbeitsbedingungen**

#### **1.1. Der Auftragnehmer ist verpflichtet,**

- a) für Leistungen, deren Erbringung dem Geltungsbereich
  - eines nach dem Tarifvertragsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. August 1969 (BGBl. I S. 1323) in der jeweils geltenden Fassung für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrages,
  - eines nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes vom 20. April 2009 (BGBl. I S. 799) in der jeweils geltenden Fassung für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrages oder
  - einer nach den §§ 7, 7a oder 11 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes oder nach § 3a des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Februar 1995 (BGBl. I S. 158) in der jeweils geltenden Fassung erlassenen Rechtsverordnung unterfällt,

seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung des Auftrags wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die in dem Tarifvertrag oder der Rechtsverordnung verbindlich vorgegeben werden.

- b) für Leistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene (§ 1 Abs. Absatz 3 TVgG) seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung des Auftrags wenigstens das in Nordrhein-Westfalen für diese Leistung in einem einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifvertrag vorgesehene Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten zu zahlen und während der Ausführungslaufzeit Änderungen nachvollziehen.
- c) bei der Ausführung der Leistung seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) wenigstens ein Entgelt in Höhe des allgemeinen Mindestlohns, nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348) in der jeweils geltenden Fassung zu zahlen. Diese Pflicht gilt auch, sofern das gemäß lit. a) und b) zu zahlende Entgelt das Mindeststundenentgelt nach dem Mindestlohngesetz unterschreitet.

#### **1.2. Der Auftragnehmer trägt dafür Sorge, dass die bei der Ausführung des Auftrags beteiligten Nachunternehmer die in Ziffer 1.1. genannten Pflichten ebenfalls einhalten.**

#### **1.3. Ziffer 1.1., lit. c) gilt nur, sofern die ausgeschriebene Leistung im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland erbracht wird. Ziffer 1.1., lit. c) gilt nicht für Auftragnehmer, die unter § 224 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 sowie § 226 des Neunten Sozialgesetzbuches fallen.**

## **2. Kontroll- und Prüfrecht**

Der Auftraggeber ist berechtigt, die Einhaltung der unter Ziffer 1. genannten Verpflichtungen während der Auftragsausführung zu überprüfen. Hierzu ist der Auftragnehmer verpflichtet,

- a) dem Auftraggeber auf dessen Verlangen die notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen, aus denen sich die Einhaltung der unter Ziffer 1. genannten Verpflichtungen zweifelsfrei ergibt. Sofern diese Unterlagen personenbezogene Daten enthalten, erfolgt die Vorlage in anonymisierter Form sowie unter Beachtung des Datenschutzrechts.
- b) seine Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen.

## **3. Kündigung aus wichtigem Grund; Vertragsstrafe**

3.1. Der Auftraggeber kann den Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist unter anderem kündigen,

- a) wenn der Auftragnehmer eine Pflicht aus Ziffer 1. verletzt,
- b) wenn der Auftragnehmer nicht sicherstellt, dass die Nachunternehmer eine Pflicht aus Ziffer 1. einhalten oder
- c) wenn der Auftragnehmer seinen Pflichten aus Ziffer 2. nicht nachkommt.

3.2. In den in Ziffer 3.1. genannten Fällen, verpflichtet sich der Auftragnehmer zur Zahlung einer Vertragsstrafe, deren Höhe eins von Hundert, bei mehreren Verstößen bis zu fünf von Hundert des Auftragswertes beträgt. Dies gilt nicht, wenn der Auftragnehmer die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat. Die Geltendmachung eines weiteren Schadens durch den Auftraggeber ist nicht ausgeschlossen, jedoch wird die verwirkte Vertragsstrafe auf den weiteren Schadensersatz des Auftraggebers angerechnet.

3.3. Im Übrigen berühren Ziffer 3.1. und 3.2. nicht die weiteren Rechte der Vertragsparteien.

## Ergänzende Vertragsbedingungen

### 1. Art der Leistung und Kurzbeschreibung

Regelmäßig wiederkehrende Instandhaltungsmaßnahmen nach DIN 31051 sowie kleiner Umbaumaßnahmen an Sonderbauten, vornehmlich aus den Bereichen der Schulbauten, Kindertagesstätten, Sporthallen, Verwaltungsgebäude und Bauten der Kultur.

Eine Auftragserteilung und Abrechnung erfolgt überwiegend in digitaler Form, über ein gesichertes Handwerkerportal. Grundlage für die Abwicklung der beauftragten Leistungen bilden die STL B Bau Z und / oder standardisierte Leistungsbeschreibungen für Zeitverträge.

Instandhaltungsleistungen sind innerhalb der betriebsüblichen Arbeitszeiten des Auftraggebers zu erbringen.

### 2. Ort der Ausführung

Dortmund

### 3. Auftragssumme

Folgende Gesamtumsätze können als Richtwert (Werte der in der Vergangenheit erteilten Aufträge) für die abgefragten Leistungsbereiche angenommen werden.

**Gewerk: Verglasungsarbeiten**

**Gesamt i. H. v. 530.000€ netto,**

**aufgeteilt auf 2 Lose (Los 3 = Innenstadt-Nord, Innenstadt-Ost; Los 4 = Scharnhorst, Brackel, Hörde, Aplerbeck)**

**Die Lose 1 und 2 wurden bereits vergeben und sind in der o.g. Gesamtsumme nicht eingerechnet.**

**Die Auftragssumme setzte sich aus einer Anzahl von ca. 122 Leistungsabrufen pro Los pro Jahr zusammen. Daraus ergibt sich ein Mittelwert i. H. von 544,- € netto pro Auftrag.**

### 4. Ausführungsbeginn / Vertragslaufzeit

Ausführungsbeginn ist ca. der 15. Februar 2026. Die Vertragslaufzeit beträgt ca.

**4** Jahre. Danach wird ein erneuter Wettbewerb durchgeführt. Nach 2 Jahren Vertragslaufzeit erfolgt eine einmalige Preisanpassung gem. Baupreisindizes für die beiden Folgejahre.

### 5. Vergabeverfahren

Beschränkte Ausschreibung in einem Auf- und Abgebotsverfahren für die in den Leistungsverzeichnissen aufgeführten Preise und Mittellöhne.

## Angaben des Bewerbers:

- Referenzliste der letzten 3 Jahre mit Maßnahmen im Großraum Dortmund, die mit den zu beauftragenden Leistungen vergleichbar sind. Sollten keine Referenzen im Einzugsgebiet nachgewiesen werden können, so muss ein Konzept vorgelegt werden aus dem zu erkennen ist, dass die Leistungen zukünftig im Großraum Dortmund zuverlässig erbracht werden können. Eine Referenzliste ist zusätzlich erforderlich.

## Allgemeine Vertragsbedingungen der Stadt Dortmund

Die nachfolgenden Regelungen gelten bei Widersprüchen nur nachrangig gegenüber Bewerbungsbedingungen, spezielleren besonderen Vertragsbedingungen (BVB) und Zusätzlichen (technischen) Vertragsbedingungen (ZVB) des jeweiligen konkreten Vertrags über Liefer- und Dienstleistungen oder Bauleistungen.

### A Bedingungen für die Auftragserteilung (werden mit der Auftragserteilung Vertragsbestandteil)

1. Die Leistungsbeschreibung mit den zugehörigen Anlagen (Mustern) ist verbindlich.
2. Es gelten für Leistungen die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL, Teil B) und für Bauleistungen die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistung (VOB, Teil B) sowie die Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen (VOB, Teil C).
3. Liegt dem Auftrag kein Angebot zugrunde, hat der Auftragnehmer die Annahme dieses Auftrags dem Auftraggeber schriftlich zu bestätigen. Der Auftraggeber kann fristlos zurücktreten, wenn diese Bestätigung/ Empfangsanzeige nicht innerhalb von 10 Tagen (gerechnet vom 3. Tag nach der Aufgabe zur Post) eingeht.
4. Die Gesamtauftragssumme darf ohne schriftliche Genehmigung (Nachtragsauftrag) nicht überschritten werden. Leistungen, die nicht beschrieben sind, gelten als nicht bestellt und werden nicht vergütet.
5. Leistungen sind stets auf Rechnung und Gefahr des Auftragnehmers frei Verwendungsstelle durchzuführen. Die Auslieferung erfolgt grundsätzlich durch Mitarbeiter/innen des Händlers. Bei der Beauftragung von Paketdiensten und Speditionen haftet der Auftragnehmer dafür, dass diese bis zur Verwendungsstelle liefern. Erfüllungsort ist die Verwendungsstelle, wenn nichts anderes vereinbart ist.
6. Zahlungen erfolgen innerhalb von 30 Tagen ohne Abzug. Wenn bei Liefer- und Dienstleistungen der Rechnungsbetrag von Rechnungen jedweder Art (Abschlagszahlungen etc.) innerhalb von 21 Kalendertagen nach Leistungserbringung bzw. Eingang der Ware und der Rechnung beglichen wird, werden 2 % vom jeweiligen Rechnungsbetrag abgezogen, sofern nichts Abweichendes vereinbart wurde.
7. Falls die Lieferung nicht eingehalten werden kann, ist der Auftraggeber sofort - wenn möglich fernmündlich - zu unterrichten.
8. Jeder Leistung oder Bauleistung ist ein Nachweis (z. B. Lieferschein, Abnahme oder Wiegezettel) beizufügen.
9. Die Rechnung ist sofort nach Leistung in zweifacher Ausfertigung mit Empfangs- oder Ausführungsbestätigung der Leistung oder Bauleistung einzureichen. Teillieferungen werden nicht gesondert abgerechnet. Auf der Rechnung sind anzugeben: Geschäftszeichen des Auftraggebers, Zeit der Ausführung, Wohnung oder Geschäftssitz, Fernsprechnummer und Bank- oder Postbankkonto.
10. Für die Einreichung der Rechnung bei der Stadt Dortmund kann auch der elektronische Rechnungseingang genutzt werden, sofern dies im weiteren Vertragswerk entsprechend vereinbart wird. Dabei ist das bei der Stadt Dortmund festgelegte Verfahren einzuhalten.
11. Verpackungsmaterial sind vom Auftragnehmer kostenlos zurückzunehmen und unter Beachtung der umweltrechtlichen Bestimmungen ordnungsgemäß zu entsorgen. Verpackungsmaterial sind sowohl Transportverpackungen (z.B. Paletten, Versandverpackungen, Transportsicherungen) als auch Umverpackungen (z.B. Schachtel um Dose, Blister um Schachtel) sowie Verkaufsverpackungen (z.B. Schachtel, Beutel, Flasche, Dose).
12. Die Abtretung von Forderungen des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber an Dritte ist ohne Genehmigung des Auftraggebers ausgeschlossen.
13. Jede Änderung oder Ergänzung des Vertrages bedarf der Schriftform. Dies gilt auch für die Aufhebung der Schriftformklausel.
14. Soweit der Auftragnehmer Kaufmann i.S. des HGB oder juristische Person des öffentlichen Rechts ist, ist der Gerichtsstand für beide Vertragsparteien Dortmund.
15. Sollten Teile dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, berührt dies nicht die Gültigkeit der sonstigen Vertragsbestimmungen. Die Vertragsparteien verpflichten sich an die Stelle der unwirksamen Vertragsteile eine Bestimmung zu setzen, die dem wirtschaftlichen Zweck des Vertrages am nächsten kommt. Die vorstehenden Bestimmungen gelten für den Fall, dass sich der Vertrag als lückenhaft erweist.
16. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die vertragliche Leistung frei von gewerblichen Schutzrechten und Urheberrechten (nachfolgend Schutzrechte) Dritter zu erbringen. Für den Fall der Schutzrechtsverletzung Dritter im Zusammenhang mit der Erbringung der vertraglichen Leistung stellt der Auftragnehmer die Auftraggeberin von allen aus der Schutzrechtsverletzung resultierenden Ansprüchen frei. Dies gilt nicht für Schutzrechtsverletzungen, die auf ein unmittelbares Handeln des Auftraggebers beruhen.
17. Soweit der Auftragnehmer zur Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen ihm von der Stadt übermittelte personenbezogene Daten Dritter speichert oder sonst verarbeitet, verpflichtet sich der Auftragnehmer zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften des Landesdatenschutzgesetzes NRW.
18. Alle Informationen, Geschäftsvorgänge und Unterlagen, die dem Auftragnehmer im Zusammenhang mit der vertraglichen Leistung bekannt werden, unterliegen der Verschwiegenheitspflicht gegenüber Dritten. Diese Pflicht bleibt auch nach Beendigung des Vertrages bestehen. Der Auftragnehmer legt seinen von diesem Vertrag betroffenen Mitarbeitern eine entsprechende Verpflichtung auf, soweit nicht eine solche arbeits- oder dienstrechtlich bereits besteht.

19. Im Übrigen sind die gesetzlichen Bestimmungen für das Vertragsverhältnis maßgebend. Lieferungs- und Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers finden für die Ausführung dieses Auftrags keine Anwendung.
20. Dem Auftragnehmer steht ein Zurückbehaltungsrecht an seinen Leistungen nicht zu, es sei denn seine Ansprüche sind rechtskräftig festgestellt oder unstreitig.
21. Eine Leistungserbringung für die Stadt Dortmund hat bei Tätigkeiten mit Außenwirkung unter Rücksichtnahme auf die Leitbilder der Stadt Dortmund zu erfolgen. Dortmund ist eine Stadt der Vielfalt, Toleranz und Weltoffenheit. Im Einsatz für die Stadt Dortmund dürfen daher unabhängig von der eigenen Gesinnung keine Botschaften ausgelebt und zur Schau gestellt werden, die als beleidigend, anstößig, provozierend, extremistisch oder diskriminierend empfunden werden können. Gemeint sind insbesondere auch das Auftreten bzw. Erscheinungsbild des Auftragnehmers, sowie seiner Nachunternehmer, aber auch indirekte Meinungsäußerungen bzw. Darstellungen wie z.B. durch Werbung bzw. Plakatierungen auf Fahrzeugen, der Kleidung, Arbeitsgeräten etc..

### B Bestechungsklausel für Auftrags- und Lieferungsverträge

1. Der Auftraggeber ist berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten, wenn der Auftragnehmer städt. Dienstkräften, die mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrags befasst sind, Geschenke oder andere Vorteile (auch Darlehen) anbietet, verspricht oder gewährt. Solche Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die für den Auftragnehmer mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung von Verträgen mit dem Auftraggeber befasst sind. Dabei ist es gleichgültig, ob die Geschenke oder Vorteile an Dienstkräfte des Auftraggebers unmittelbar oder in ihrem Interesse Angehörigen oder anderen ihnen nahestehenden Personen oder im Interesse des einen oder anderen einem anderen angeboten, versprochen oder gewährt werden.
2. Vor Ausübung des Rücktritts ist dem Auftragnehmer Gelegenheit zu geben, zu dem Tatverdacht Stellung zu nehmen.
3. Tritt der Auftraggeber nach Abs. 1 vom Vertrag zurück, so ist er berechtigt aber nicht verpflichtet, die empfangenen Leistungen zurückzugeben. Behält er diese, so hat er ihren Wert zu vergüten; werden sie zurückgegeben, so muss auch der Auftragnehmer die empfangenen Leistungen zurückgeben. Der Auftraggeber kann vom Auftragnehmer den Ersatz des Schadens verlangen, der ihm durch den Rücktritt vom Vertrag entsteht. Dagegen stehen dem Auftragnehmer gegen den Auftraggeber auf Grund des Rücktritts keine Ansprüche wegen Nichterfüllung des Vertrags zu. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Vorschriften über den Rücktritt.
4. Andere gesetzliche oder vertragliche Ansprüche der Vertragsparteien bleiben unberührt.

# **Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen**

**für**

**nachfolgend angehangenes**

**Standardleistungsverzeichnis**

**Ausgabe 2024 (Stand 20.01.2025)**

## 1 Pflichten und Leistungen des Auftragnehmers

- 1.1 Die auszuführenden Arbeiten sind nach dem Stand der Technik, den zur Zeit der Ausschreibung gültigen Bestimmungen wie den allgemein anerkannten Regeln der Technik, den DIN-Normen und den anzuwendenden sonstigen Richtlinien und Verordnungen auszuführen.
- 1.2 Es gelten für Leistungen die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL Teil B) sowie für Bauleistungen die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB Teile B und C), in der jeweils gültigen Fassung.
- 1.3 Staubarmes Arbeiten (TRGS 504):  
Arbeitsverfahren sind so auszuwählen und durchzuführen, dass möglichst wenig Staub freigesetzt wird (4.1.1(1)).  
Bei Tätigkeiten mit Staubexposition ist eine Ausbreitung des Staubes auf unbelastete Arbeitsbereiche nach dem Stand der Technik zu verhindern (4.1.1(5)).  
Stäube sind an der Austritts- oder Entstehungsstelle möglichst vollständig zu erfassen (4.1.1(3) und 4.1.2(1)2).  
Das Reinigen des Arbeitsbereiches durch trockenes Kehren oder Abblasen von Staubablagerungen mit Druckluft ist grundsätzlich nicht zulässig (4.1.1(6)).
- 1.4 Die Unfallverhütungsvorschrift BGV A1 (Grundsätze der Prävention) ist zu beachten.
- 1.5 Die jeweiligen Sicherheitsvorschriften sind einzuhalten.
- 1.6 Erkennt oder vermutet der Auftragnehmer Mängel oder Schäden, welche die Verkehrssicherheit beeinträchtigen könnten und deren Beseitigung nicht in seinem Auftragsvolumen enthalten sind, hat er sofort die unten aufgeführte Stelle zu unterrichten und erforderlichenfalls nach Rücksprache die Instandsetzung zu veranlassen.

Städtische Immobilienwirtschaft  
Freistuhl 7  
44137 Dortmund

Der / die technische Objekt-/ Anlagenverantwortliche (auch Auftraggeber genannt) des jeweiligen Stadtbezirks wird zur Beauftragung namentlich benannt. Diese(r) handelt Kraft und im Auftrag der Stadt Dortmund und wird zur Vereinfachung im folgenden Auftraggeber genannt.

Auf andere Mängel oder Schäden, die nicht unverzüglich beseitigt werden müssen und deren Beseitigung nicht zu den vorher beschriebenen Sachverhalten gehören, hat der/ die Auftragnehmer\*in den/ die zuständige technische Objekt-/ Anlagenverantwortliche\*n unverzüglich **in Textform** hinzuweisen.

Wird der/ die Auftragnehmer\*in bei der Ausführung seiner Leistung behindert (wie z. B. Wartezeiten, Montageerschwerisse), so hat er den/ die zuständige technische Objekt-/ Anlagenverantwortliche\*n **unverzüglich** darüber in Kenntnis zu setzen.

- 1.7 Der Auftragnehmer hat unmittelbar nach schriftlicher, telefonischer oder elektronischer Aufforderung bzw. Auftragsannahme, in Notfällen unverzüglich, mit der Ausführung der Leistungen zu beginnen und im angemessenen Zeitraum zu beenden (siehe hierzu Punkt 2.1). Die Nichtannahme des Auftrages und Verzögerungen bzgl. des Ausführungsbeginns sind dem Auftraggeber unverzüglich anzuzeigen. Unterbleibt diese Information behält sich der Auftraggeber die Beauftragung eines Drittunternehmens vor.

Der Zeitpunkt zur Durchführung von größeren Reparatur- und Instandhaltungsmaßnahmen ist unter Berücksichtigung der spezifischen Gebäudesituation bzw. Nutzung mit der/ den Objekt-/ Anlagenverantwortliche\*n, der zuständigen ständigen Vertretung des Auftraggebers, rechtzeitig vor Ausführungsbeginn abzustimmen. Verzögerungen, die den abgestimmten Fertigstellungstermin betreffen, sind dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.

- 1.8 Alle zur Erbringung der Leistungen benötigten Hilfsmittel und Materialien (z.B. Werkzeuge, Maschinen, Leitern, Standardmessgeräte sowie Gerüste bis zu 2 m Höhe über Gelände bzw. Fußboden) und Hilfsstoffe (z.B. Schmier- und Reinigungsmittel) sind vom Auftragnehmer zu stellen und in der Kalkulation zu berücksichtigen (Nebenleistung VOB/C DIN 18299).  
Das gleiche gilt auch für den Aufwand zur Feststellung des zur Ausführung notwendigen Materials.
- 1.9 Die fach- und umweltgerechte Entsorgung, unter Berücksichtigung der örtlich geltenden Verordnungen, von anfallendem Bauschutt und Abfällen ist grundsätzlich zu gewährleisten.  
Nach Punkt 4.1.12 der DIN 18299 (VOB/C) ist die Entsorgung der Mengen von nicht schadstoffbelastetem Abfall von bis zu 1,0 m<sup>3</sup>, aus dem Bereich des Auftraggebers, in den Einheitspreisen enthalten (Nebenleistung). Bei darüberhinausgehenden Mengen gelten die Festlegungen der Standardbeschreibung.  
Nicht schadstoffbelasteter Abfall, der aus Leistungen, die außerhalb des Standardleistungsverzeichnisses erbracht wurden, resultiert, ist nach Gewichtseinheiten abzurechnen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich dem Auftraggeber gegenüber auf das Erkennen von Schadstoffen unmittelbar hinzuweisen.  
Der Weitertransport und die Entsorgung des Abfalls, der nicht den Punkten 4.1.11 und 4.1.12 der DIN 18299 (VOB/C) zuzuordnen ist, wird gesondert vergütet. Die Kosten sind gesondert zu vereinbaren. Hierzu ist dem Auftraggeber ein entsprechender Entsorgungsnachweis beizubringen. Dieser muss hinsichtlich des Zeitpunkts und des Ortes der Entnahme eindeutig zuzuordnen sein.
- 1.10 Die für das Arbeiten auf dem Handwerkerportal erforderlichen Hardware-Komponenten sind für den Auftraggeber kostenlos vorzuhalten und das Internet-Portal für die Handwerkerkopplung als Standardinstrument zur Auftragsabwicklung zu nutzen. Die Lizenzkosten für das Handwerkerportal trägt der Auftraggeber (nur eine Lizenz pro Los).
- 1.11 „Die Handlungsanleitung zum Umgang mit Asbest in Putzen, Spachtelmassen und Fliesenklebers (PSF) bei Abbruch-, Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten“ der Stadt Dortmund (siehe separate Anlage) ist in der jeweils gültigen Fassung (derzeit November 2022) einzuhalten. Das bedeutet das für Arbeiten mit schadstoffbelasteten Materialien die Handlungsempfehlungen Schadstoffe einzuhalten sind. Der Auftragnehmer verpflichtet sich dem Auftraggeber gegenüber bei Verdachtsfällen auf das Erkennen von Schadstoffen unmittelbar schriftlich hinzuweisen. Bei Aktualisierung der Handlungsanleitung durch die Stadt Dortmund wird dem Auftragnehmer umgehend die aktualisierte Fassung ausgehändigt.



## 2 Ausführung der Leistung

- 2.1 Bei der Beauftragung von Rahmenvertragsabrufen wird die/ der Objekt-/ Anlagenverantwortliche\*n die Instandhaltungsleistungen in eine von drei Kategorien einteilen, die ausschlaggebend für die Ausführungstermine und -fristen sind. Unberührt davon bleiben Notstandsarbeiten, die bei Annahme des Auftrags sofort bzw. nach den getroffenen Absprachen ausgeführt werden müssen. Nachfolgend sind die Kategorien und die geforderten bzw. mit Rahmenvertragsabschluss vereinbarten Ausführungsfristen im Detail beschrieben.
- 2.1.1 **Kategorie 1:** Gefahr für die Verkehrssicherheit oder Nutzung der Liegenschaft. Montagebeginn innerhalb von 4 Stunden, wenn die Beauftragung vor 12:00 Uhr erfolgt ist, ansonsten am nächsten Werktag spätestens ab 8.00 Uhr. Grundsätzlich sind die Instandhaltungsleistungen noch am Tag des Montagebeginns abzuschließen. Ist der Leistungsumfang oder Materialbedarf der Instandhaltungsleistung so immens, dass am Tag des Montagebeginns ausschließlich provisorische Maßnahmen zur Wiederherstellung der Verkehrssicherheit zur Ausführung gebracht werden können, sind die Restarbeiten terminlich mit der Vertretung der Nutzer und inhaltlich mit den Objekt-/ Anlagenverantwortlichen abzustimmen.
- 2.1.2 **Kategorie 2:** Eingeschränkte Gefahr der Nutzung einer Liegenschaft. Montagebeginn spätestens am übernächsten Werktag nach Auftragserteilung **in Abstimmung mit der Vertretung der Nutzer**. Die Ausführung der Instandhaltungsleistung darf einen, für den Umfang der Leistungen angemessenem Zeitrahmen nicht überschreiten.
- 2.1.3 **Kategorie 3:** Keine Gefahr für die Nutzung einer Liegenschaft. Mit der Durchführung der Instandhaltungsleistungen ist innerhalb von 10 Werktagen **in Abstimmung mit der Vertretung der Nutzer** zu beginnen. Die Ausführung der Instandhaltungsleistung darf einen, für den Umfang der Leistungen angemessenem Zeitrahmen nicht überschreiten.
- 2.2 Der Auftragnehmer hat nach schriftlicher, telefonischer oder elektronischer Beauftragung, mit der Durchführung der Instandhaltungsleistungen entsprechend den unter Punkt 2.1.1 – 2.1.3 aufgeführten Fristen für die jeweilige Kategorie zu beginnen. Ereignisse oder Einflüsse, die zu einer Verzögerung eines abgestimmten Fertigstellungstermins führen können, sind der/ dem jeweiligen Objekt-/ Anlagenverantwortlichen sofort fernmündlich als auch schriftlich mitzuteilen. Werden die Ereignisse oder Einflüsse, die zu einer Behinderung der Instandhaltungsleistung führen, der/ dem Objekt-/ Anlagenverantwortlichen nicht zur Anzeige gebracht, gilt weiterhin der vereinbarte Fertigstellungstermin als verbindlich. Entstehen dem Auftragnehmer Mehrkosten durch die Behinderung und ist die Anzeige nicht erfolgt, besteht kein Anspruch auf die Vergütung der Mehrkosten.
- 2.3 Werden durch den Auftragnehmer die unter Punkt 2.1.1 – 2.1.3 beschriebenen Ausführungsfristen wiederholt nicht eingehalten, oder ist die Ausführung der Instandhaltungsleistungen nachweislich und wiederholt nicht fachgerecht erfolgt, oder ist die Erreichbarkeit des Auftragnehmers nachweislich nicht gewährleistet, behält sich der Auftraggeber die Übertragung zukünftiger Instandhaltungsleistungen aus diesem Rahmenvertrag an ein anderes Fachunternehmen vor. Dem Auftragnehmer stehen in diesem Falle kein Schadensersatzanspruch oder sonstige Ansprüche gegen den Auftraggeber zu.

- 2.4 Es dürfen nur **Originalersatzteile oder gleichwertige Teile** verwendet werden. Bei Abweichung vom Originalersatzteil behält sich der Auftraggeber eine Bemusterung bezüglich Qualität, Gebrauchstauglichkeit und Sicherheit durch die/ den ihn vertretenden technischen Objekt-/ Anlagenverantwortliche\*n vor.
- 2.5 Der Auftragnehmer hat die Leistung mit seinem Betrieb zu erbringen. Er darf Teile der Leistung mit **vorheriger** Zustimmung des Auftraggebers an Nachunternehmer übertragen. Der Nachunternehmer ist vor Ausführungsbeginn namentlich zu benennen. Für den Nachunternehmer gelten die Bedingungen des Rahmenvertrages. Die Stunden- und Materialanteile der Nachunternehmerleistung bei Arbeiten außerhalb des Standardleistungsverzeichnisses sind als Bestandteil des Gesamtstundenaufwandes auf dem Stundennachweis mit aufzuführen. Durch den Nachunternehmer erstellte Rechnungen sind als Teil der Gesamtrechnung **nicht** zulässig.
- 2.6 Versorgungsanschlüsse (z. B. Wasser, Strom) und die zur Durchführung seiner Leistung benötigten Räumlichkeiten werden dem Auftragnehmer kostenlos zur Verfügung gestellt.
- 2.7 Reparaturarbeiten und Instandhaltungsarbeiten erfolgen grundsätzlich innerhalb der betriebsüblichen Arbeitszeiten (werktags 7:00 Uhr - 16:00 Uhr, außer samstags) des Auftraggebers.
- 2.8 Einziger Ansprechpartner bei Unklarheiten, Änderungen und Auftragserweiterungen ist der/die zuständige technische Objekt-/ Anlagenverantwortliche, der/die umgehend zu informieren ist.
- 2.9 Geplante Reparaturarbeiten und Instandhaltungsarbeiten außerhalb der betriebsüblichen Arbeitszeiten können nur nach vorheriger Absprache mit der/ dem zuständigen technischen Objekt-/ Anlagenverantwortlichen durchgeführt und vergütet werden.
- 2.10 Die Auftragshöhe einer einzelnen Maßnahme beträgt bis zu **€ 25.000,00 netto**. Ist abzusehen, dass dieser Betrag überschritten wird, muss unverzüglich die/ der zuständige technische Objekt-/ Anlagenverantwortliche **in Textform** informiert werden. Grundsätzlich gilt für Überschreitungen bzw. absehbaren Überschreitungen der Auftragssumme ab netto 200,00 €: Die/ der zuständige technische Objekt-/ Anlagenverantwortliche ist **in Textform** zu informieren.
- 2.11 Im Einzelfall, besonders im Zusammenhang mit geförderten Maßnahmen sowie Störfällen größeren Umfangs, kann vor Auftragserteilung eine gemäß Rahmenvertrag in Leistungen, Standardleistungsverzeichnis und Stundenlohnarbeiten gegliederte, schriftliche Kostenermittlung durch den Auftragnehmer vom Auftraggeber gefordert werden. Diese Leistungen werden nicht gesondert vergütet.
- 2.12 Notwendige Genehmigungen für Arbeiten im öffentlichen Straßenraum sind vor Ausführungsbeginn eigenverantwortlich einzuholen. Die Kosten hierfür sind mit entsprechenden Nachweisen ohne Zuschlag anzugeben.
- 2.13 Bei der Ausführung der Einzelaufträge haben sich die Mitarbeiter des Auftragnehmers täglich zum Beginn und zur Beendigung ihrer Arbeiten vor Ort bei der ständigen Vertretung des Auftraggebers zu melden.

Es ist grundsätzlich zu erfragen, ob vor Ort Handwerkerbücher vorliegen. Sofern vor Ort Handwerkerbücher vorgehalten werden, ist der gesamte Ausführungszeitraum (Leistungen nach Standardleistungsverzeichnis und Stundenlohnarbeiten) mit Datum (Beginn und Ende der Arbeitszeit) und den eingesetzten Mitarbeitern namentlich zu dokumentieren.

- 2.14 Unmittelbar nach Erbringung der Leistung ist die Fertigstellung im Handwerkerportal anzuzeigen.
- 2.15 Für Schweiß-, Brennschneid- und sonstige feuergefährlichen Arbeiten ist vor Beginn der Ausführung der Erlaubnisschein auszufüllen und auftraggeberseitig abzeichnen (genehmigen) zu lassen. Der Vordruck wird mit dem Auftragsschreiben ausgehändigt

### **3 Vergütung**

- 3.1 Die im Standardleistungsverzeichnis aufgeführten Einheits- und Pauschalpreise beinhalten das Liefern von Materialien sowie deren Montage inkl. Nebenkosten (Nebenleistung VOB/C DIN 18299) wie Fahr- und Transportkosten bis zur Verwendungsstelle innerhalb der Liegenschaft. Die Einheitspreise des Standardleistungsverzeichnisses unterliegen dem im Ab- oder Aufgebotsverfahren vom Unternehmer abgegebenen Prozentsatz.
- 3.2 Die Wegezeiten werden pauschal für jede Baustelle mit 15 Minuten je Mitarbeiter und Tag vergütet.
- 3.3 Die zum Zeitpunkt der Leistungserbringung gültige Mehrwertsteuer ist gesondert auszuweisen.
- 3.4 Die Rechnungen sind vollständig, prüfbar und zeitnah zur Ausführungsfertigstellung einzureichen (VOB/B § 14).  
Aufmaße sind prüfbar der Rechnung beizufügen. In Absprache kann auch ein gemeinsames Aufmaß mit der/ dem technischen Objekt-/ Anlagenverantwortlichen vorgenommen werden.  
Zur Prüfung der Gesamtleistung sind die Arbeitsnachweise der Stadt Dortmund (als Anlage beigelegt) beizubringen, auf denen die Art der Leistung, die pro Tag erbracht wurde, vermerkt ist.  
Des Weiteren beinhaltet der Arbeitsnachweis folgende Angaben:  
Ausführungsdatum, genaue Bezeichnung der Baustelle/des Gebäudes (z.B. Gebäudeteil, Raum-Nr. etc.), Zeitaufwand der Gesamtleistung, die Namen der eingesetzten Mitarbeiter und deren Qualifikation, die geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitskraft sowie die Art der ausgeführten Leistung.  
Es ist unbedingt darauf zu achten, dass die Arbeitsnachweise von einem ständigen Vertreter des Auftraggebers (z.B. Schulhausmeister) unterschrieben werden. Die Lesbarkeit ist durch die Wiederholung des Namens in Druckbuchstaben oder Namensstempel zu gewährleisten.  
Sollte keine Vertretung des Auftraggebers vor Ort sein, so ist der Arbeitsnachweis der/ dem technischen Objekt-/ Anlagenverantwortlichen am folgenden Tag vorzulegen.  
Stundenlohnarbeiten können nur gemäß ZVB 615 Nr. 13 abgerechnet werden.  
Spätestens zur Schlussrechnung sind die von der ständigen Vertretung des Auftraggebers durch Unterschrift bestätigten Arbeitsnachweise der Gesamttagesleistung über den gesamten Ausführungszeitraum im Original beizufügen bzw. als eingescannte Datei dem Leistungserfassungsbogen anzuhängen.

Zur Rechnungsprüfung sind Aufstellungen beizufügen, die die Gesamtleistung und diese aufgegliedert sowohl nach den Stundenanteilen für die Leistungen nach Standardleistungsverzeichnis als auch nach den Stundenanteilen für die Zusatzleistungen, die pro Tag erbracht wurden, umfassen.

#### 4 Besondere Vergütung

- 4.1 Leistungen, die nicht im Standardleistungsverzeichnis beschrieben sind, werden gesondert mit dem vereinbarten Mittellohn vergütet.  
Der vereinbarte Mittellohn beinhaltet sämtliche Leistungen, die durch Techniker, Meister, Gesellen / Facharbeiter und Helfer zur Ausführung kommen.  
Für Leistungen, die durch einen Auszubildenden erbracht werden, sind 55 % des Mittellohns anzusetzen.
- 4.2 **Übersteigen** die geltend gemachten **Materialkosten** einen **Netto-Gesamtwarenwert von 25 €**, so ist grundsätzlich der Schlussrechnung als Nachweis eine Rechnung über die Materialbeschaffung beizulegen.
- 4.3 Die durch Entsorgungsnachweis tatsächlich entstandenen Deponiekosten werden ohne Zuschlag abgerechnet. Das gilt nicht für Zusatzleistungen wie z.B. Containerkosten.
- 4.4 Zum Nachweis der besonders zu vergütenden Leistungen (Anteil Stundenlohnarbeiten) sind Zeitaufwand, Datum der Ausführung, genaue Bezeichnung der Baustelle/des Gebäudes (z.B. Gebäudeteil, Raum-Nr. etc.), die Namen der eingesetzten Mitarbeiter und deren genaue Berufsbezeichnung, die geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitskraft, die Art der Leistung sowie die zur Erbringung der Leistungen notwendigen Stoffe und Bauteile, auf den Stundenbelegen anzugeben.
- 4.5 In den Stundensätzen (Mittellohn) enthalten sind alle zur Erbringung der Leistung notwendigen Hilfsmittel und Geräte. Hiervon ausgenommen sind ggf. Verbrauchs- und Verschleißteile wie z.B. Trennscheiben, Sägeblätter etc. (Nebenleistungen nach VOB/C sind zu beachten und können nicht gesondert vergütet werden).

#### 5 Streitigkeiten

Streitigkeiten bezüglich der erbrachten und berechneten Leistungen berechtigen den Auftragnehmer nicht, die vertraglichen Leistungen einzuschränken oder einzustellen.

#### 6 Haftung

Werden im Zusammenhang mit Instandsetzungsleistungen Schäden verursacht, hat der Auftragnehmer diese auf eigene Kosten zu beseitigen, wenn ihm oder seinen Erfüllungsgehilfen ein nachweisbares Verschulden trifft. Dies gilt nur insoweit, als der Auftragnehmer fachlich zur Beseitigung des Schadens in der Lage ist. Ansonsten wird auf Kosten des Auftragnehmers eine Fachfirma beauftragt.

#### 7 Gewährleistung

Die Verjährungsfrist für Gewährleistungsansprüche der Leistungen aus diesem Instandhaltungsvertrag richtet sich nach VOB/B § 13 Absatz 4 beginnend ab dem Zeitpunkt der Abnahme der jeweiligen Leistung.

Baumaßnahme <b>Rahmenvertrag 2026 - 2029</b>	Vergabenummer B282/26
Angebot für Verglasungsarbeiten 4. Ausschreibung, Lose 3 und 4	

## **Ergänzung der Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes Ergänzung der Besonderen Vertragsbedingungen**

### **Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Bau- und Abbruchabfällen sowie Baustellenabfällen**

#### **1. Ergänzung der Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes**

- 1.1 Wird für die Verwertung bzw. Beseitigung der Bau- und Abbruchabfälle eine andere als die in der Leistungsbeschreibung genannte Lösung der Verwertung bzw. Beseitigung angeboten, hat der Bieter mit seinem Angebot mindestens nachzuweisen, dass
- die vorgesehene Anlage die Berechtigung zu Verwertung und Beseitigung sowie zur Aufnahme des Abfalls besitzt und der Betreiber rechtsverbindlich bestätigt hat, dass er die Bau- und Abbruchabfälle abnehmen wird,
  - bei Andienungspflicht (in der Regel gefährliche Abfälle zur Beseitigung) die Bestätigung der Abfallwirtschaftsbehörde vorliegt,
  - die Kosten der Abfallverwertung in die Einheitspreise eingerechnet sind,
  - die Kosten der Abfallbeseitigung benannt sind und vom Auftraggeber unmittelbar getragen werden können.
- 1.2 Soweit in den Vergabeunterlagen gefordert, hat der Bieter zu dem von der Vergabestelle benannten Zeitpunkt die Verwertungs- bzw. Beseitigungsträger sowie für die jeweiligen Belastungsarten und Belastungsgrade die Verwertungs- und Beseitigungsanlage zu benennen und nachzuweisen, dass
- die Verwertungs- bzw. Beseitigungsträger zur Aufnahme des Bau- und Abbruchabfalls berechtigt sind und erklären, die Bau- und Abbruchabfälle abzunehmen,
  - die Verwertungs- bzw. Beseitigungsträger sich damit einverstanden erklären, dass die Abfallwirtschaftsbehörde dem Auftraggeber Auskunft über ihre Eignung zur Durchführung einer ordnungsgemäßen Abfallentsorgung erteilt,
  - die Anzeige nach § 53 KrWG erfolgt ist bzw.
  - die erforderliche Erlaubnis (§ 54 KrWG) vorliegt.

#### **2. Ergänzung der Besonderen Vertragsbedingungen**

- 2.1 Der Auftragnehmer wird sich bemühen, bei der Erbringung seiner Leistung Abfälle zu vermeiden (Bemühensklausel).
- 2.2 Der Auftragnehmer wird mit Aufnahme seiner Tätigkeit Abfallerzeuger und zugleich Besitzer der in der Leistungsbeschreibung näher aufgeführten Bau- und Abbruchabfälle. Er übernimmt die Pflichten des Auftraggebers zur Verwertung und Beseitigung der Bau- und Abbruchabfälle unter Beachtung der einschlägigen gesetzlichen, insbesondere abfallrechtlichen Bestimmungen sowie des Standes der Technik und führt die von ihm zu erbringenden Nachweise.
- 2.3 Der Auftragnehmer trifft alle erforderlichen Vorkehrungen, um Bau- und Abbruchabfälle nach den geltenden Vorschriften getrennt zu erfassen und zu halten sowie einer sachgerechten Entsorgung zuzuführen.
- 2.4 Die nach den abfallrechtlichen Bestimmungen zum Nachweis einer ordnungsgemäßen Entsorgung erforderlichen Erklärungen, Bestätigungen, Belege usw. sind dem Auftraggeber vorzulegen.

## 2.5 Verwertung von Abfällen

Die Abfälle sollen dem Wirtschaftskreislauf wieder zugeführt werden. Der Auftragnehmer hat mit dem Auftraggeber über die vorgesehene Verwertung Einvernehmen zu erzielen. Sämtliche recycelfähigen Baustoffe sind einer RC-Anlage zuzuführen, die der „Gütegemeinschaft Recyclingbaustoffe“ angehört.

Wiederverwertbare Altbaumaterialien (z.B. Rohre, Schienen), die bei Durchführung der Baumaßnahme anfallen, gehen in das Eigentum des Auftragnehmers über, soweit in der Leistungsbeschreibung nichts anderes bestimmt ist. Die Restwerte dieser Altbaustoffe sind bei der Bildung der Einheitspreise zu berücksichtigen.

Beabsichtigt der Auftragnehmer, die abzufahrenden Abfälle selbst zu verwerten (Übergang des Besitzes auf den Auftragnehmer), so gilt Nr. 1.

## 2.6 Entsorgung von nicht zum Wiedereinbau geeigneten Bodenmassen

Die Erdaushubmassen sind auf städtische Deponien zu transportieren.

Die Deponiegebühren (Wiege- und Deponierungskosten) trägt der Auftraggeber, soweit in der Leistungsbeschreibung nicht anders geregelt. Die Lade- und Transportkosten sind in die Einheitspreise der jeweiligen Positionen einzurechnen.

Soweit der vom Auftragnehmer vorgesehene Bauablauf von den Betriebszeiten der Deponien abweichende Anfahrzeiten erforderlich macht, sind diese mit der jeweiligen Deponieleitung rechtzeitig abzustimmen.

Daraus evtl. resultierende Mehrkosten hat der Auftragnehmer zu tragen.

## 2.7 Entsorgung von Bau- und Abbruchabfällen

Nicht zu verwertende Bau- und Abbruchabfälle müssen auf den städt. Deponien entsorgt werden, soweit die tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen hierfür vorliegen.

Es gelten die Satzungen über

- Abfallentsorgung in der Stadt Dortmund (Abfallsatzung – AbfS) und
- die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung in der Stadt Dortmund (Abfallgebührensatzung – AbfGS)

in den jeweils gültigen Fassungen.

Die Lade- und Transportkosten sowie die Deponiegebühren (gem. AbfGS) sind – soweit sie nicht als Besondere Leistungen in Positionen des LV beschrieben sind- in die Einheitspreise der jeweiligen Position einzurechnen.

Mehraufwendungen aufgrund von Satzungsänderungen der AbfS oder der AbfGS, die bis einen Tag vor Ablauf der Angebotsfrist bekannt gemacht wurden, werden nicht erstattet. Der Auftraggeber trägt die Kosten für evtl. gem. AbfS erforderliche Probeentnahmen und Gutachten, soweit es sich um die im LV beschriebenen Leistungen handelt.

	Vergabenummer	
	<b>B282/26</b>	
Baumaßnahme <b>Rahmenvertrag 2026 - 2029</b>		
Leistung <b>Verglasungsarbeiten, 4. Ausschreibung, Lose 3 und 4</b>		

## Ergänzung der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots

### Bearbeitungsphasen, Datenaustausch, allgemeine Regelungen

#### 1 Bearbeitungsphasen

Datenaustausch ist von der ausschreibenden Stelle / dem Auftraggeber vorgesehen für folgende Bearbeitungsphasen:

- Angebotsanforderung
- Angebotsabgabe
- Abrechnung.

#### 2 Datenaustausch

Werden Angebotsdaten elektronisch ausgetauscht, erfolgt dies nach den Regelungen des Gemeinsamen Ausschusses Elektronik im Bauwesen – GAEB, Schnittstelle DA XML. Der Datenaustausch für die Abrechnung ist nach den Verfahrensbeschreibungen der Regelungen für Elektronische Bauabrechnung durchzuführen. Der Datenaustausch nach anderen Regelungen (z.B. Edifact) ist im Einzelfall zu vereinbaren.

Die Datenträger sind so zu kennzeichnen, dass eine eindeutige Zuordnung zum Vergabeverfahren bzw. zum Vertrag gewährleistet ist.

#### 3 Abweichungen zwischen Datenaustauschdateien und schriftlicher Fassung

Die Datenaustauschdateien gelten als Arbeitsmittel. Bei Abweichungen zwischen den Datenaustauschdateien und der schriftlichen Fassung der Vergabe- oder Abrechnungsunterlagen gilt die schriftliche Fassung. Inhaltliche Unterschiede gegenüber dem Datenträger sind vom Unternehmer in der schriftlichen Fassung zu kennzeichnen.



# Betriebsanweisung

## 1. Anwendungsbereich

Schweiß- und Schneidarbeiten in brandgefährdeten Bereichen

## 2. Gefahren

- Abtropfende oder wegfliegende heiße (z.T. glühende) Werkstoff- oder Schlackepartikel
- Wärmeübertragung durch das erhitzte Werkstück auf angrenzende Bereiche
- Sekundärflammen bei Autogenarbeiten aus nicht verschlossenen Rohrleitungen
- Brandentstehung infolge nicht erkanntem Schmelzbrand

## 3. Verhaltensregeln

- Festlegen des brandgefährdeten Bereiches
- Beschaffung von Informationen über Brandschutz- und Brandmeldeeinrichtungen
- Beginn der Arbeiten erst nach Durchführung der Sicherheitsmaßnahmen
- Kann eine Brandentstehung oder die Entstehung explosionsfähiger Atmosphäre trotz Einhaltung der unter Punkt 4 beschriebenen Sicherheitsmaßnahmen nicht ausgeschlossen werden, ist zwingend Rücksprache mit dem Auftraggeber zu nehmen. Mit den Arbeiten ist dann erst zu beginnen, wenn eine schriftliche Schweißerlaubnis erteilt wurde.

## 4. Sicherheitsmaßnahmen

- Entfernen sämtlicher beweglicher Stoffe und Gegenstände, die sich durch Schweiß- und/oder Schneidarbeiten in Brand setzen lassen
- Entfernen fester brennbarer Einrichtungen (z.B. Umkleidungen und Isolierungen), soweit baulich und betriebstechnisch durchführbar
- Abdecken der verbleibenden entzündbaren ortsfesten Einrichtungen wie Holzbalken oder Kunststoffteilen, mit geeigneten Materialien  
Abdichten von Decken- und Wandöffnungen, Fugen Ritzen, Kabel- und Rohrdurchführungen usw. mit nicht brennbaren Stoffen z.B. Gips, Mörtel, Steinwolle, Schmelzpunkt > 1000°
- Kontrolle auf Brandentstehung durch einen Posten mit geeigneten Feuerlöschscheinrichtungen, z.B. Feuerlöscher, angeschlossenen Wasserschlauch
- Kontrollieren der Arbeitsstelle nach Beendigung der Arbeiten zur Entdeckung von Glimmstellen, Glutnestern, Rauch, Brandgeruch u.ä.
- Stellen einer Brandwache für einen angemessenen Zeitrahmen nach Beendigung der Arbeiten

## 5. Verhalten bei Brandentstehung

- Einstellen der Arbeiten und Brand löschen
- Alarmierung der Feuerwehr (0)112) und innerbetriebliche Weitergabe des Alarms
- In der Nähe befindliche Personen warnen

## 6. Verhalten bei Unfällen / Erste Hilfe

- In Brand geratene Kleidung mit Löschdecke ersticken
- Gegebenenfalls Alarmierung des Rettungsdienstes (Tel. (0)112)

## 7. Mitzuführende Arbeitsmittel

- Löschscheinrichtungen entsprechend dem möglichen Brandfall (Art und Menge)
- Gegebenenfalls mobile Brandmeldeeinrichtungen z.B. Funktelefon
- Hilfsmittel zum Abdecken: z.B. feuerfeste Decken Matten, Platten, Sand usw.
- Hilfsmittel zum Abdichten: Lehm, Gips, Mörtel, Steinwolle, Schmelzpunkt > 1000° usw.

Datum:

Unterschrift:



# **Handlungsanleitung**

**zum Umgang mit  
Asbest in Putzen, Spachtelmassen und Fliesenklebern (PSF)  
bei Abbruch-, Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten  
in Gebäuden  
der Stadt Dortmund**

Überarbeitete Fassung, November 2022



## Inhaltsverzeichnis

1.	Vorbemerkungen .....	3
2.	Gültigkeit.....	3
3.	Grundlagen der Handlungsanleitung .....	4
4.	Gefährdungsabschätzung .....	4
4.1	Normale Nutzung .....	4
4.2	Eingriffe in die Bausubstanz ohne Kenntnis über Asbestfreiheit.....	4
5.	Einstufung der Tätigkeiten gemäß der Expositions-Risiko-Matrix.....	5
5.1	Tätigkeiten ohne Schutzmaßnahmen .....	5
5.2	Tätigkeiten gemäß BT-Verfahren mit Schutzmaßnahmen.....	5
5.3	Tätigkeiten größeren Umfangs mit Schutzmaßnahmen .....	6
6.	Arbeitsweisen und Verfahren im Detail.....	6
6.1	Bohren .....	6
6.2	Punktueller Wandbearbeitung .....	6
6.3	Kernbohrungen .....	7
6.4	Flächige Wanddurchbrüche / Abschlagen von Putzflächen.....	7
6.5	Abschlagen von Fliesenspiegeln.....	7
7.	Verhalten im Havariefall .....	8
8.	Pflichten des Auftragnehmers (AN) .....	8
8.1	Durchzuführende organisatorische Maßnahmen im ausführenden Unternehmen .....	8
8.2	Verwendung der zur TRGS 519 gehörenden Anlagen.....	9
9.	Weiterführende Verweise und Links .....	10
9.1	Regelungen.....	10
9.2	Leitfäden.....	10
9.3	Verfahren .....	10
10.	Anlagen .....	11
10.1	Anlage 1 – Expositions-Risiko-Matrix .....	11
10.2	Anlage 2 – Ablaufschema Unterhaltung und Instandsetzung.....	12
11.	Impressum .....	13

## 1. Vorbemerkungen

Seit dem 31. Oktober 1993 gilt in der Bundesrepublik Deutschland ein vollständiges Asbestverbot. Das heißt, die Herstellung, das Inverkehrbringen und die Verwendung von Asbest und asbesthaltigen Produkten sind verboten.

Laut dem Verein Deutscher Ingenieure e.V. (VDI) wurden schätzungsweise in etwa 25% der bis zu diesem Zeitpunkt in Deutschland errichteten Gebäude asbesthaltige Produkte verbaut.

Neben den lange bekannten Verwendungen gerieten in den vergangenen Jahren die mineralisch basierten **Putze, Spachtelmassen und Fliesenkleber** (im Weiteren PSF genannt) in den Fokus.

PSF weisen oft nur einen sehr geringen Massegehalt an Asbest auf, besitzen aber bei der Bearbeitung ein hohes Faserfreisetzungspotential. Eine Aussage zum Asbestgehalt ist nur mittels Beprobung und chemisch-physikalischer Materialanalyse möglich.

Ohne Eingriff in die Bausubstanz sind diese asbesthaltigen Bauprodukte unproblematisch, da die Asbestfasern in der Matrix fest gebunden sind und somit nicht freigesetzt werden.

Für die Mitarbeitenden von ausführenden Firmen und für die Nutzenden kann es bei Eingriffen in die Bausubstanz mit asbesthaltigen PSF – trotz des geringen Asbest-Massengehalts – zu hohen Asbestfaserexpositionen mit möglicher gesundheitlicher Gefährdung kommen.

Daher sind alle am Bau Beteiligten sowie das Umfeld infolge der Asbestgefährdung zu schützen.

Diese Handlungsanleitung gilt daher als ergänzende Unterlage der Stadt Dortmund zu den Regelungen der Gefahrstoffverordnung (GefStoffV) und der TRGS 519 mit denen in der Anlage 9 (in der Fassung vom 31.10.2019) beschriebenen weitergehenden Hilfestellungen zur Gefährdungsbeurteilung und zur Festlegung der erforderlichen Schutzmaßnahmen für Abbruch-, Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten (ASI-Arbeiten).

## 2. Gültigkeit

Die vorliegende Handlungsanleitung löst die im Januar 2021 veröffentlichte Handlungsempfehlung der städtischen Immobilienwirtschaft der Stadt Dortmund ab.

Die beschriebenen Methoden und Verfahren sind bei Arbeiten an Putzen, Spachtelmassen und Fliesenklebern in Gebäuden der Stadt Dortmund anzuwenden und zu beachten.

Die Gültigkeit dieser Handlungsanleitung beginnt mit dem Erhalt.

### 3. Grundlagen der Handlungsanleitung

Abgeleitet aus dem erkannten Handlungsbedarf trifft die **Immobilienwirtschaft der Stadt Dortmund** daher folgende Entscheidung:

Wenn Asbest in der Bausubstanz von Gebäuden, die **VOR dem 31.10.1993** errichtet wurden, nicht ausgeschlossen werden kann, gilt für alle Eingriffe in die Bausubstanz der Präventionsansatz der Gefahrstoffverordnung (GefStoffV):

**Kann eine Gefährdung nicht ausgeschlossen werden, dann sind die Schutzmaßnahmen (für Ausführende und Nutzende) so zu wählen, als wenn eine Gefährdung vorliegt.**

Gebäude, die **NACH dem 31.10.1993** errichtet wurden, gelten als **asbestfrei**.

Mit Veröffentlichung dieser Handlungsanleitung gilt, dass alle Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten in Gebäuden der Stadt Dortmund, zu denen keine Erkenntnisse zur Asbestfreiheit vorliegen, so durchzuführen sind, als wenn Asbest vorliegt.

Im Einzelnen bedeutet das, dass Arbeiten an Bauteilen mit Asbestverdacht in **Gebäuden der Stadt Dortmund** nur von fachkundigen Personen durchgeführt werden dürfen, die durch den aufsichtführenden sachkundigen Mitarbeitenden, gem. §2 Absatz 2 der GefStoffV und der TRGS 519, unterwiesen sind.

Vor dem Beginn von Abbruch-, Sanierungs- oder Instandhaltungsarbeiten muss der **Bauherr oder Auftraggeber**, aber auch der Arbeitgeber für die Gefährdungsbeurteilung nach §6 der Gefahrstoffverordnung **Informationen zum Gebäude einholen**. Entsprechend der Nutzungs- und Baugeschichte des Objekts können Erkenntnisse über vorhandene oder zu erwartende Gefahrstoffe, insbesondere Asbest, erlangt werden.

Die **Erkundung** hat gemäß der VDI 6202, Blatt 3 zu erfolgen.

### 4. Gefährdungsabschätzung

#### 4.1 Normale Nutzung

Bei **normaler Nutzung** werden die in PSF vorhandenen Asbestfasern nicht in die Luft freigesetzt, da sie fest in der Matrix des Materials eingebunden sind.

Es besteht **keine Sanierungsnotwendigkeit**. Eine **Gesundheitsgefährdung** bei der Nutzung der Gebäude **liegt nicht vor**.

#### 4.2 Eingriffe in die Bausubstanz ohne Kenntnis über Asbestfreiheit

Bei Eingriffen in die Bausubstanz besteht die Gefahr, dass erhebliche Mengen an Asbestfasern (> 10.000 Fasern/m<sup>3</sup>) in die Raumluft freigesetzt werden.

## 5. Einstufung der Tätigkeiten gemäß der Expositions-Risiko-Matrix

Die Expositions-Risiko-Matrix ist als Anlage 1 diesem Dokument beigelegt. Die folgende Auflistung ist beispielhaft und nicht als abschließend zu verstehen.

### 5.1 Tätigkeiten ohne Schutzmaßnahmen

**gemäß Exposition-Risiko-Matrix der TRGS 519, Anlage 9, ohne Risiko**

**Keine Beprobung / keine Analytik notwendig.**

- das Einschlagen und Ziehen von Nägeln, Haken und Reißzwecken
- das Kleben neuer Tapeten auf intakten Oberflächen und deren Anstrich
- das Überkleben und Streichen vorhandener intakter Beschichtungen auch auf asbesthaltigen PSF
- der Neuansrich von bereits gestrichenen Wänden mit intakter Beschichtung auch auf asbesthaltigen PSF
- Aufbringen neuer Bodenbeläge auf asbestfreien intakten Bodenbelägen mit darunter vorhandenen asbesthaltigen Spachtelmassen und Fliesenklebern

### 5.2 Tätigkeiten gemäß BT-Verfahren mit Schutzmaßnahmen

**gemäß Exposition-Risiko-Matrix der TRGS 519, Anlage 9, mit niedrigem Risiko**

**Keine Beprobung / keine Analytik notwendig.**

Die Ausführung der Arbeiten erfolgt mittels anerkannten BT-Verfahren entsprechend der Betriebsanweisung der jeweiligen Firma.

Die aufsichtführende Person muss entsprechend der TRGS 519 vom 31.10.2019 mindestens die Qualifikation Q1E besitzen.

- Bohrarbeiten, Bohrlöcher bis 12 mm Durchmesser, Durchführung nach **DGUV-Verfahren BT 30**
- Bohrarbeiten oder punktuelle Wanddurchbrüche mittels Kernbohrung in mineralischem Untergrund mit asbesthaltigen PSF. Dazu ist die Fläche zunächst im **DGUV-Verfahren BT 32 Stemmverfahren (max. 20 x 20 cm)** von asbesthaltigem PSF zu befreien, damit das anschließende Bohren in asbestfreiem Baumaterial erfolgen kann, z.B. für die Montage von Installationen an Wänden und Decken
- Dosenlöcher mittels Dosensenker (z.B. für Steckdosen- und Verteilerdoseneinbau). Dazu ist die Fläche zunächst im **DGUV-Verfahren BT 32 Stemmverfahren (max. 20 x 20 cm)** von asbesthaltigem PSF zu befreien, damit das anschließende Dosensenken in asbestfreiem Baumaterial erfolgen kann
- Kernbohrungen bis maximal 125 mm Durchmesser durch Wände nach **DGUV-Verfahren BT 50** und Bodenplatten / Zwischendecken nach **DGUV-Verfahren BT 51**
- Entfernen asbestfreier Tapeten von asbesthaltigen Untergründen mit dem ENVIPRO **DGUV-Verfahren BT 54**

### 5.3 Tätigkeiten größeren Umfangs mit Schutzmaßnahmen

**Eine Beprobung und Analytik durch qualifizierte Fachgutachter ist notwendig. Grundlage für die Beprobung ist die VDI 6202, Blatt 3.**

Die Arbeiten dürfen nur durch einen nach GefStoffV, Anhang I, Nr. 2.4.2 (4) zugelassenen Sanierungsfachbetrieb ausgeführt werden.

- größere Wanddurchbrüche - z.B. für Türöffnungen
- Oberflächenabtragende Verfahren, wie z.B. schleifen und fräsen
- flächige Bearbeitung von Wänden, Wanddurchbrüchen bzw. Fliesenentfernung oder Fenstersanierung

## 6. Arbeitsweisen und Verfahren im Detail

### 6.1 Bohren

#### **Punktuelles Durchbohren von potenziell asbesthaltigen Fliesenspiegeln und Putzen**

- Zwingende Anwendung des Verfahrens DGUV Information 201-012, BT 30.
- Vorab keine Analytik notwendig.
- Die Ausführung der Arbeiten erfolgt entsprechend der Betriebsanweisung der jeweiligen Firma.
- Die aufsichtführende Person muss entsprechend der überarbeiteten Fassung der TRGS 519 vom 31.10.2019 zumindest die Qualifikation Q1E besitzen. Die ausführende Person muss die Fachkunde besitzen und mit der Bedienung und Wartung der sicherheitstechnischen Einrichtungen so vertraut sein, dass sie den arbeitssicheren Zustand und die Funktion der sicherheitstechnischen Einrichtungen beurteilen kann.

**BT 30:** Bohren von Bohrlöchern in Wände und Decken mit asbesthaltiger Bekleidung bis maximal 12 mm Durchmesser

### 6.2 Punktuelle Wandbearbeitung

#### **Erstellung von Dosenlöchern mittels Dosensenker z.B. für Steckdosen- und Verteilerdoseneinbau**

- Zwingende Vorbereitung des Untergrundes nach DGUV Information 201-012, BT 32.
- Vorab keine Analytik notwendig.
- Die eigentliche Kernbohrung kann danach ohne weitere Schutzmaßnahmen durchgeführt werden.
- Die Ausführung der Arbeiten erfolgt entsprechend der Betriebsanweisung der jeweiligen Firma.
- Die aufsichtführende Person muss entsprechend der überarbeiteten Fassung der TRGS 519 vom 31.10.2019 zumindest die Qualifikation Q1E besitzen. Die ausführende Person muss

**BT 32:** Abstemmen asbesthaltiger Wand- und Deckenbekleidungen bis max. 20 x 20 cm in einen Kunststoffbeutel als Schleuse („Stemmverfahren“)

die Fachkunde besitzen und mit der Bedienung und Wartung der sicherheitstechnischen Einrichtungen so vertraut sein, dass sie den arbeitssicheren Zustand und die Funktion der sicherheitstechnischen Einrichtungen beurteilen kann.

### 6.3 Kernbohrungen

#### Erstellung von Kernbohrungen (bis max. 125 mm Durchmesser) durch Wände aus Ziegel / Beton und Bodenplatten und Zwischendecken aus Beton mit asbesthaltigen Belägen

- Zwingende Anwendung der Verfahren nach DGUV Information 201-012, BT 50 und BT 51.
- Vorab keine Analytik notwendig
- Die Ausführung der Arbeiten erfolgt entsprechend der Betriebsanweisung der jeweiligen Firma
- Die aufsichtführende Person muss entsprechend der überarbeiteten Fassung der TRGS 519 vom 31.10.2019 zumindest die Qualifikation Q1E besitzen. Die ausführende Person muss die Fachkunde besitzen und mit der Bedienung und Wartung der sicherheitstechnischen Einrichtungen so vertraut sein, dass sie den arbeitssicheren Zustand und die Funktion der sicherheitstechnischen Einrichtungen beurteilen kann.

**BT 50:** Kernbohrungen bis maximal 125 mm Durchmesser durch Wände mit asbesthaltigen Wandbekleidungen

**BT 51:** Kernbohrungen bis maximal 125 mm Durchmesser durch Bodenplatten und Zwischendecken aus Beton mit asbesthaltigen Bodenaufbauten

Für die nachfolgend aufgeführten Tätigkeiten sind noch **KEINE** emissionsarmen Verfahren nach DGUV Information 201-012 entwickelt worden.

### 6.4 Flächige Wanddurchbrüche / Abschlagen von Putzflächen

#### Durchbrüche mit potenziell asbesthaltigem Putz (< 5m<sup>2</sup>)

- Eine Analytik wird vorab durchgeführt; mind. zwei Mischproben pro Verdachtsmoment.
- **Kein Asbest nachweisbar:** Es sind keine gesonderten Schutzmaßnahmen notwendig.
- **Asbest nachweisbar:** Die Arbeiten dürfen nur durch einen nach GefStoffV, Anhang I, Nr. 2.4.2 (4) zugelassenen Sanierungsfachbetrieb ausgeführt werden.

### 6.5 Abschlagen von Fliesenspiegeln

#### Flächiges Entfernen von Fliesenspiegeln mit potenziell asbesthaltigem Kleber

- Eine Analytik wird vorab durchgeführt; eine Punktprobe pro Verdachtsmoment. Bei überfliesten Fliesen sind alle Kleberschichten zu untersuchen.
- **Kein Asbest nachweisbar:** Es sind keine gesonderten Maßnahmen notwendig.
- **Asbest nachweisbar:** Die Arbeiten dürfen nur durch einen nach GefStoffV, Anhang I, Nr. 2.4.2 (4) zugelassenen Sanierungsfachbetrieb ausgeführt werden.

## 7. Verhalten im Havariefall

- Bei **kleinflächigen Beschädigungen** an Wandoberflächen in genutzten Räumen:
  - Auftragen einer Faserbindung wie z.B. Haarlack, als Alternative zu Restfaserbindemittel
  - Ggf. staubdichtes Absperren der Wandoberfläche durch Abkleben mit Folie
- Bei **großflächiger Beschädigung** von Wandoberflächen wie z.B. ein Wasserschaden nach einem Rohrbruch
  - Abstellen der Schadensursache
  - Den Raum / die Räume gegen unbefugten Zutritt sperren
  - Den / die Objektverantwortliche(n) und das Kompetenzzentrum Schadstoffe (FB 65 / 3-2-2) informieren

## 8. Pflichten des Auftragnehmers (AN)

Werden Arbeiten im Sinne der Handlungsanleitung ausgeführt, muss das ausführende Unternehmen eine verantwortliche sachkundige Person im Vorfeld festlegen.

Diese verantwortliche Person hat sicherzustellen, dass bereits bei der Planung von Arbeiten die Anforderungen dieser TRGS berücksichtigt und bei der Durchführung der Arbeiten umgesetzt werden.

Während der Ausführung der Arbeiten muss immer eine aufsichtführende, weisungsbefugte, sachkundige oder qualifizierte Person auf der Baustelle anwesend sein.

Die aufsichtführende sachkundige oder qualifizierte Person muss mit den bei den Arbeiten auftretenden Gefahren und den erforderlichen Schutzmaßnahmen gemäß TRGS 519 und den eingesetzten BT-Verfahren vertraut sein.

### 8.1 Durchzuführende organisatorische Maßnahmen im ausführenden Unternehmen

- Ausbildung mindestens einer sachkundigen Person nach TRGS 519, Anlage 4
- Qualifizierung mindestens einer Person nach TRGS 519, Anlage 10, Q1E
- Eine **Zulassung als Sanierungsfachbetrieb** nach Gefahrstoffverordnung (GefStoffV), Anhang I, Nr. 2.4.2 (4) ist **nicht erforderlich**
- Vorhalten und Bereitstellen einer geeigneten personellen und technischen Ausstattung (z.B. Bohrmaschinen mit integrierter Absaugvorrichtung, H-Sauger mit Asbestzulassung)
- Abgabe einer unternehmensbezogenen Meldung an die zuständigen Behörden (Berufsgenossenschaft und Bezirksregierung)
- Erstellung der Gefährdungsbeurteilung und des Arbeitsplans, der Betriebsanweisung und der zugehörigen Unterweisung durch die sachkundige Person.



## 8.2 Verwendung der zur TRGS 519 gehörenden Anlagen

Die zur Technischen Regel für Gefahrstoffe TRGS 519 (in der Fassung vom 31.10.2019) gehörenden Anlagen sind vom Auftragnehmer als Hilfestellung zur Umsetzung der durchzuführenden organisatorischen Maßnahmen anzuwenden (z.B. Erstellen einer Betriebsanweisung).

Anlage 1.1	Unternehmensbezogene Anzeige, Tätigkeiten mit asbesthaltigen Materialien
Anlage 1.2	Ergänzende Anzeige zu Ort und Zeit
Anlage 1.4 und 1.5	Gefährdungsbeurteilung mit Arbeitsplan
Anlage 1.6 und 1.7	Betriebsanweisung
Anlage 2	Kennzeichnung von Arbeitsbereichen und Behältern
Anlage 3 und 4	Erwerb der Sachkunde
Anlage 5	Fortbildung
Anlage 6	Hinweise zu Verfahren, Ermittlung, Bewertung und Anwendung
Anlage 7	Anforderungen an Sauger und Entstauber
Anlage 9	Hilfestellung zur Gefährdungsbeurteilung u. zu Schutzmaßnahmen für Tätigkeiten an asbesthaltigen Putzen, Spachtelmassen u. Fliesenklebern PSF

## 9. Weiterführende Verweise und Links

### 9.1 Regelungen

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Hrsg.): Verordnung zum Schutz von Gefahrstoffen (Gefahrstoffverordnung – GefStoffV), Fassung Juli 2021

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Ausschuss für Gefahrstoffe (Hrsg.): Technische Regeln für Gefahrstoffe

TRGS 519 – Asbest: Abbruch-, Sanierungs- oder Instandhaltungsarbeiten (31.03.2022)

TRGS 517 – Tätigkeiten mit potenziell asbesthaltigen mineralischen Rohstoffen und daraus hergestellten Gemischen und Erzeugnissen (März 2015)

TRGS 910 – Risikobezogenes Maßnahmenkonzept für Tätigkeiten mit krebserzeugenden Gefahrstoffen (März 2019)

LASI LV 45 - Leitlinien zur Gefahrstoffverordnung (Oktober 2018)

LAGA M 23 - Vollzugshilfe zur Entsorgung asbesthaltiger Abfälle (Juli 2015)

VDI 6202 Blatt 3, Schadstoffbelastete bauliche und technische Anlagen – Asbest – Erkundung und Bewertung, September 2021

### 9.2 Leitfäden

BMAS: Factsheet „Asbest in Bauprodukten“ (Dezember 2016)

IFA: Asbestsanierung (DGUV Informationen 201-012; ehem. BGI 664) – Emissionsarme Verfahren nach TRGS 519 für Tätigkeiten an asbesthaltigem Material, Stand 07.2022

Abrufbar unter: [www.dguv.de/ifa/praxishilfen/praxishilfen-gefahrstoffe/asbestsanierung/aktuelle-ergaenzungen/index.jsp](http://www.dguv.de/ifa/praxishilfen/praxishilfen-gefahrstoffe/asbestsanierung/aktuelle-ergaenzungen/index.jsp)

VDI / Gesamtverband Schadstoffsanierung e.V.: Handlungsfelder Asbesthaltige Putze, Spachtelmassen und Fliesenkleber in Gebäuden; Diskussionspapier zu Erkundung, Bewertung und Sanierung (Juni 2015)

BAuA: Leitlinie für die Asbesterkundung zur Vorbereitung von Arbeiten in und an älteren Gebäuden. 1. Auflage. Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA), Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) und Umweltbundesamt (UBA), April 2020

BG Bau – Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft (Hrsg.): Branchenlösung Asbest beim Bauen im Bestand, Handlungshilfe für Tätigkeiten an asbesthaltigen Putzen, Spachtelmassen und Fliesenklebern Stand: Oktober 2021

### 9.3 Verfahren

DGUV Information 201-012 (ehemals BGI 664) abrufbar unter:

[www.schadstoffschulung.de/dguv-information-201-012-bgi-664.html](http://www.schadstoffschulung.de/dguv-information-201-012-bgi-664.html)

## 10. Anlagen

### 10.1 Anlage 1 – Expositions-Risiko-Matrix

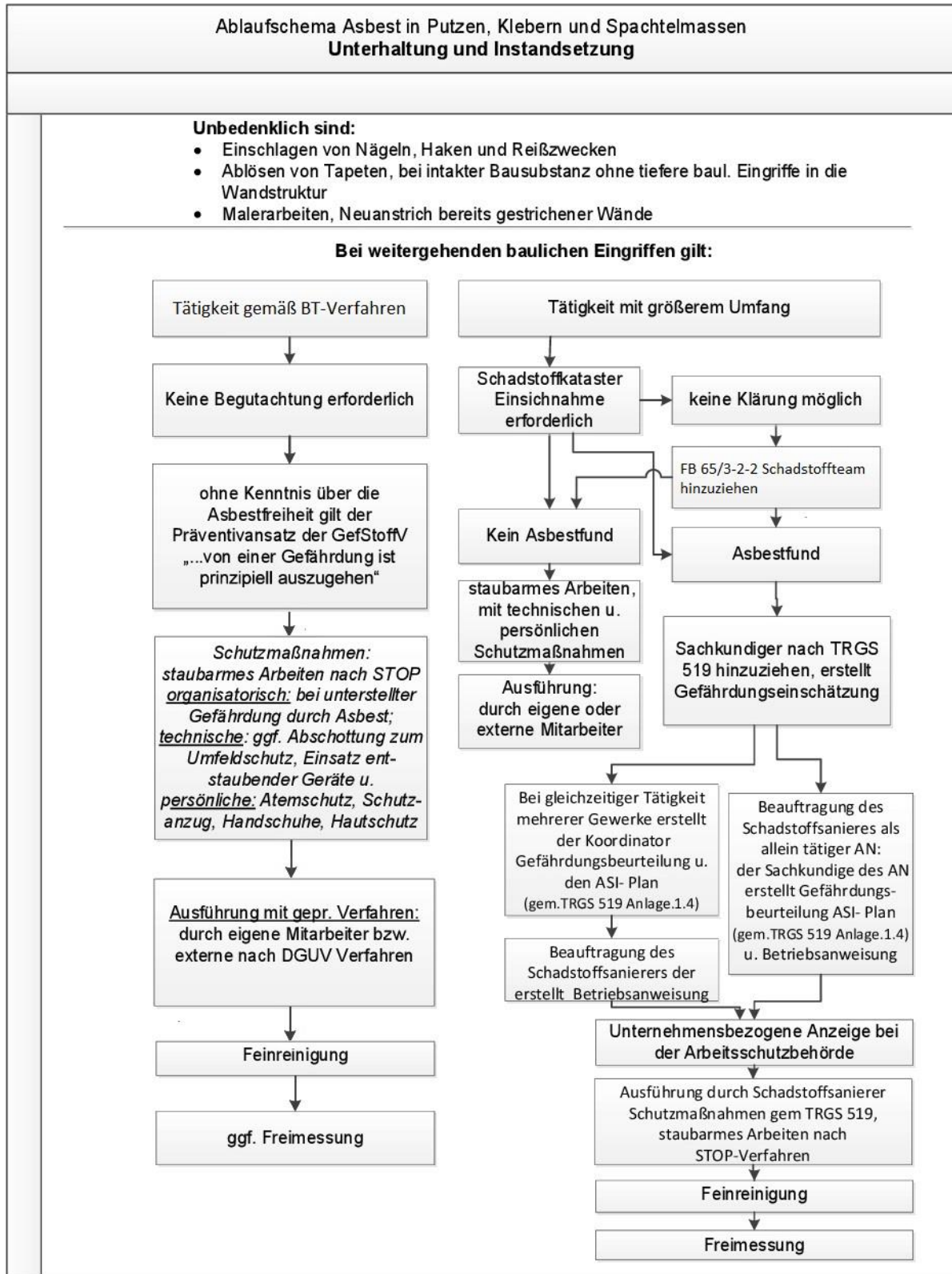
Tätigkeit	Arbeitsverfahren	Risikozuordnung	Schutzmaßnahmen	Qualifikation
Streichen / Überkleben asbestfreier Beschichtungen, Tapeten und anderen Wand- und Deckenbekleidungen auf asbesthaltigen PSF	alle Tätigkeiten / Verfahren ohne Bearbeitung des asbesthaltigen Untergrunds	keine Tätigkeit mit Asbest, daher keine Anforderungen nach TRGS 519	ohne	ohne
Aufbringen neuer Bodenbeläge auf vollflächig intakten und asbestfreien Bodenbelägen mit darunterliegenden asbesthaltigen Spachtelmassen / Fliesenkleber	alle Tätigkeiten / Verfahren ohne Bearbeitung des asbesthaltigen Untergrunds	keine Tätigkeit mit Asbest, daher keine Anforderungen nach TRGS 519	ohne	ohne
Einschlagen und Ziehen von Nägeln in / aus Oberflächen mit asbesthaltigen PSF	manuell	niedriges Risiko	ohne	ohne
Entfernen asbestfreier Tapeten von asbesthaltigen Untergründen	BT 54 - ENVIPRO - Verfahren	niedriges Risiko	siehe BT 54	VP-Q1 AF-Q1E
Setzen von Bohrlöchern in Bauteile mit PSF	BT 30 - „Bohren von Bohrlöchern in Wände und Decken mit asbesthaltiger Bekleidung“ Bohrdurchmesser max. 12 mm	niedriges Risiko	siehe BT 30	VP-Q1 AF-Q1E
	Vorbereitung der Fläche mit BT 32 „Stemmverfahren“ anschließend Bohren in asbestfreiem Untergrund	niedriges Risiko	siehe BT 31 bzw. BT 32	VP-Q1 AF-Q1E
Kernbohrungen in mineralischen Untergrund mit PSF kleine Durchmesser z.B. für Schwerlastdübel, Armierungsanschlüsse, Bauteiltrocknung	Vorbereitung der Fläche mit BT 32 „Stemmverfahren“ anschließend Bohren in asbestfreiem Untergrund	niedriges Risiko	siehe BT 32	VP-Q1 AF-Q1E
Setzen von Dosenlöchern mit Dosensenker	Vorbereitung der Fläche mit BT 32 „Stemmverfahren“ anschließend Setzen der Dose auf asbestfreiem Untergrund	niedriges Risiko	siehe BT 32	VP-Q1 AF-Q1E
Stemmarbeiten (bis max. 20 x 20 cm)	BT 32 - „Stemmverfahren“	niedriges Risiko	siehe BT 32	VP-Q1 AF-Q1E
Kernbohrungen	BT 50 - Kernbohrungen bis max. 125 mm Durchmesser durch Wände mit asbesthaltigen Wandbekleidungen	niedriges Risiko	siehe BT 50	VP-Q1 AF-Q1E
	BT 51 - Kernbohrungen bis max. 125 mm Durchmesser durch Bodenplatten und Zwischendecken aus Beton mit asbesthaltigen Bodenaufbauten	niedriges Risiko	siehe BT 51	VP-Q1 AF-Q1E

VP-Q1: Verantwortliche Person im Betrieb - Sachkunde „niedriges Risiko“: Sachkunde nach Anlage 4 Abschnitt C

AF-Q1E: Aufsichtsführender vor Ort - Qualifikation für die Anwendung anerkannter emissionsarmer Verfahren (Grundkenntnisse + Qualifikationsmodul Q 1E nach Anlage 10)

## 10.2 Anlage 2 – Ablaufschema Unterhaltung und Instandsetzung

### Ablaufschema Unterhaltung und Instandsetzung



## 11. Impressum

Stadt Dortmund  
Städtische Immobilienwirtschaft  
FB 65/3-2-2 Kompetenzcenter Schadstoffe  
Königswall 14  
44137 Dortmund

Der FB 65/3-2-2 Kompetenzcenter Schadstoffe wird vertreten durch

**Birgit Grimm**

Tel.: 0231 / 50-16715

Mail: [bgrimm@stadtdo.de](mailto:bgrimm@stadtdo.de)

**Martina Klöpper**

Tel.: 0231 / 50-24796

Mail: [mkloepper@stadtdo.de](mailto:mkloepper@stadtdo.de)

**André C. Sommer**

Tel.: 0231 / 50-23465

Mail: [asommer@stadtdo.de](mailto:asommer@stadtdo.de)

Übersicht Lose  
Ausschreibung der Rahmenverträge 2026 - 2029

Hochbau

				Bezirk 1						Bezirk 2						Kostenanschlag der Gesamtmaßnahme; auf Basis des Mittelwertes (2022-2023/ Hochrechnung 2024-2025) aus Netto
Gewerk	Anzahl Lose	Anzahl RV-Firmen	Art der Ausschreibung	IN-West	Lüdo	Hombruch	Huckarde	Mengede	Eving	IN-Nord	Scharnhorst	Brackel	IN-Ost	Hörde	Aplerbeck	
1 Boden	5	3	Ö	1				2		3		4		5		1.477.000,00
2 Metall	5	5	Ö	1				2		3		4	3		5	3.308.000,00
3 Rollladen	3	3	Ö	1				2		3			2		3	1.063.000,00
4 Tischler	4	4	Ö	1				2		3				4		2.503.000,00
5 Dach / Zimmerer	4	4	Ö	1				2		3				4		2.342.000,00
6 Maler	4	4	Ö	1				2		3				4		2.429.000,00
7 Verglasung	4	4	Ö	1	2	1		2		3		4	3		4	1.059.000,00
8 Mauer	6	6	Ö	1	2			3		4		5		4	6	3.596.000,00
9 Fliesen	2	2	B					1				2				651.000,00
10 Trockenbau	4	4	Ö	1				2		3				4		1.282.000,00
11 Rohrreinigung	3	3	Ö	1				2		3			2		3	1.599.000,00
12 Gerüst	4	2	B	1	2	1		2		3		4	3		4	685.000,00
13 Schadstoffsanierung 2 Jahre	2	2	B					1				2				920.000,00
14 Dach-/ Fassadenbegünung 2 J.	2	2	B					1				2				315.000,00
15 WVP Tischler 2 J.	1	1	B							1						45.000,00
16 WVP Malerarbeiten 2 J.	2	2	B					1				2				115.000,00
17 WVP Bodenbelag 2 J.	1	1	B							1						40.000,00

Los 1

Los 2

Los 3

Los 4

Los 5

Los 6

Wertgrenze öffentliche Ausschreibung > 1.000.000 € mit Gewerkebezug

23.429.000,00

